

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Desprezente bei Entschädigung monatlich 20, durch unser Amtsträger eingetragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 20, mit Aufschlagsgebühr. Alle Postanhalten und Posten sowie untere Amtsträger und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Desprezentes.



Abbestellungspreis 20, für die 6 gepulverten Korpuszettel oder deren Raum, Hefen, die 2 halbjährigen Korpuszettel 20, bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Abbestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 halbjährigen Korpuszettel 20, Nachweisungsgebühr 20 Pfg. Anzeigensatzungen bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Haftung. Jeder Abbestellungsdruck entfällt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsgefahr ist.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 70

Donnerstag den 23. März 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Empfänger von **Landaufsatzscheinen** auf die Grube Agnes in Pleßa werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft die Abgabe von Breitschiffen ausnahmslos

an den festgesetzten Abfuhrtagen nur vormittags stattfindet. Nach 12 Uhr mittags eintreffende Geschirre müssen bis zum nächsten Tage warten.

Meissen, am 20. März 1922. II R 517a Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Vorkonferenz hat in einer Note die Verantwortung für die durch die polnischen Kuffstände in Oberschlesien entstandenen Schäden abgelehnt.
- * Die amerikanische Regierung hat zur Ernennung des für Washington bestimmten deutschen Botschafters Geheimrat Wiedersheim ihre Zustimmung erteilt.
- * In Berlin wurde im Hause eines Kommunisten eine geheime funktentelegraphische Station entdeckt.
- * Poincaré hat jetzt endgültig darauf verzichtet, nach Genoa zu gehen, während Lloyd George endgültig beschloß, an der Konferenz teilzunehmen.
- * Der amerikanische Staatssekretär für Kriegswesen hat angedeutet, daß die amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli vom Rhein zurückzuziehen sind.

Abschied vom Rhein.

Seider sind es nur die amerikanischen Besatzungstruppen, deren endgültiges Verschwinden vom deutschen Rheinstrom jetzt in halbamtlicher Form aus der amerikanischen Bundeshauptstadt gemeldet wird. Bis zum 1. Juli soll der Rest der Bundesstruppen, der noch in Deutschland steht, zurückgezogen werden; worauf sich wahrscheinlich die hierdurch entstehende Lücke automatisch mit französischen oder belgischen Mannschaften wieder füllen wird. Ein Tausch, mit dem die von ihm betroffene deutsche Bevölkerung gewiß keine Ursache haben wird, zufrieden zu sein. Denn von den Besatzungstruppen der verschiedenen Nationen, mit denen unser Rheintal nun schon viele Jahre hindurch überwacht und genährt wird, haben sich die Amerikaner immer noch verhältnismäßig am anfänglichsten benommen. Es war ihnen nicht darum zu tun, und konnte ihnen naturgemäß nicht darum zu tun sein, an den Bewohnern des besetzten Gebietes bis dahin unbedrückend gebliebene Nachgefühle auszulassen, sie haben vielmehr — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — ihre Aufgabe mit einiger Menschlichkeit ausgeführt, und im großen und ganzen kann ihnen wohl nur der eine begründete Vorwurf gemacht werden, daß sie den befreundeten Weinsiedlern des Rheintales in gar zu zügelloser Weise nachgingen; vielleicht, um sich auf deutschem Boden wenigstens schadlos zu halten für die schwere Zeit der alkoholischen Entbehrungen, die ihnen nach der Rückkehr in die ganz und gar unter Temperenzergesetze gestellte Heimat in Aussicht stehen. Gewiß, auch mit dem Steigen und Fallen des Dollars zeigte das Barometer ihrer Launen bald heiteres, bald stürmisches Wetter an; aber unsere Brüder und Schwestern am Rhein werden ihnen insgesamt, wenn es zum Abschiednehmen kommt, das Zeugnis nicht verweigern, daß sie im Vergleich mit Engländern, Franzosen und Belgiern immer noch die erträglichsten fremden Bedrücker gewesen sind. Was, nur relativ verstanden, als eine lobende Anerkennung ausgelegt werden darf.

Die Rückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen durch die Washingtoner Regierung ist ein neuer Beweis dafür, daß die Union es satt hat, mit dem alten, keiner Belehrung zugänglichen Europa noch fernherhin in irgendwelcher Aktionsgemeinschaft zu verharren. Die Frage der Besatzungskosten, an die man zuerst durch einen Wink mit dem Hauptstahl in Paris erinnern ließ, ist von der Botschafterkonferenz für den Augenblick mit einer fremdbildigen Handbewegung beiseitegeschoben worden, ohne daß sie damit etwa von der Tagesordnung verschwunden wäre. Im amerikanischen Kongress wird sie, wie alle Nachrichten beweisen, um so stärker im Auge behalten, und die amerikanische Regierung dürfte sehr bald auf sie, wie überhaupt auf die Regelung der zwischenstaatlichen Schuldverhältnisse zurückkommen. Was jetzt von der Reparationskommission an neuen „Garantien“ für das zu bewilligende Moratorium für Deutschland in Aussicht genommen wird, kann in Washington schwerlich eine bessere Meinung von dem guten Willen der Entente begründen, die Schuldzahlungen von Deutschland seiner Leistungsfähigkeit anzupassen. In der Hauptsache soll es, wie schon wiederholt angekündigt wurde, auf eine Finanzkontrolle über das Reich hinauslaufen, und hier sind es begreiflicherweise die Jölle, auf die man es in erster Linie abgesehen hat. Wie diese Maßnahmen ins Werk zu setzen sind, darüber zerbrechen sich die Mitglieder der Reparationskommission immer noch die Köpfe. Sicher scheint vorläufig nur, daß die Frage der internationalen Anleihe, auf die es uns und allen denen, die den Wahnsinn des Versailler Vertrages für den katastrophalen Niedergang in Europa verantwortlich machen, in erster Reihe ankommt, von der Reparationskommission an die allerletzte Stelle gerückt wird, was sicherlich nicht dazu beitragen kann, der Entwertung der Reichsmark Einhalt zu gebieten. Aber ob es darauf den Mächtigen in Paris auch nur im mindesten ankommt? Ob sie nicht vielmehr im Gegenteil

gerechnungen danach eintreten, daß die unheilvolle Entwicklung in Deutschland möglichst ungehindert ihren Fortgang nehmen, um schließlich zu dem Zusammenbruch zu führen, der Frankreich endlich zum alleinigen Herrn über Deutschland machen würde?

Befürchtungen dieser Art haben nachgerade auch in den Vereinigten Staaten Boden gewonnen, und ihre wirtschaftlich führenden Männer insbesondere mögen sich schon lange fragen, ob das verarmte, verschuldete und für sich allein ziemlich hilflose Europa überhaupt noch zu retten sei, solange der Geist der französischen Politik den Lauf der Dinge zu bestimmen hat. Von Genoa will Amerika nichts wissen, und vom Rhein zieht es seine letzten Mannschaften zurück; das eine wie das andere als Druckmittel auf die Entschlebung der Entente gedacht, der man mit den bloßen Mitteln der Diplomatie nicht mehr beikommen kann. Die Sprache, die jetzt angeschlagen wird, dürfte in London wie in Paris fehlerlos verstanden werden. Aber daß man ihr Gehör schenken sollte, ist nach allen Erfahrungen der letzten Zeit schwerlich anzunehmen.

720 + 1450 Millionen Goldmark.

Bestätigung der Beschlüsse von Cannes.

Seit Cannes leben wir in einem Zwischenzustand, der für uns recht kostspielig ist, da die provisorischen Zahlungen, die wir alle 10 Tage in Höhe von 31 Goldmillionen zu entrichten haben, unsere Leistungsfähigkeit auf die Dauer weit übersteigen. Immer noch warten wir auf die endgültige Entscheidung der Reparationskommission über die definitive Höhe unserer weiteren Zahlungen. Jetzt aber weiß die halbamtliche Havasagentur zu berichten, die Reparationskommission habe bereits Entscheidungen getroffen, die darauf hinauslaufen, den Hauptgrundlag einer Finanzkontrolle über das Reich, besonders über die Jölle, zuzulassen. Die Ausführungsbestimmungen sollen später festgelegt werden. Zur Erleichterung der Abkommen über die Sachleistungen soll außerdem Deutschland verpflichtet sein, den Fehlbetrag von nichtausgeführten Naturallieferungen in bar zu zahlen. Die Frage der internationalen Anleihe soll später behandelt werden. Eine Abmachung soll festgesetzt werden, um Deutschland im Jahre 1922

ein Moratorium zu gewähren

und zwar auf der Zahlungsgrundlage von Cannes, die uns zu 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Waren, anstatt der zwei Milliarden Goldmark und der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe aus dem Londoner Ultimatum verpflichtete. Bei den Verhandlungen in der Kommission war übrigens wieder einmal die französische Auffassung den Anschauungen der anderen Verbündeten entgegengesetzt. Die Engländer und die Italiener wollen Deutschland durch eine Art Ultimatum zur Einführung der verlangten Reformen auffordern, und es soll dem Reich eine Frist gelassen werden, die notwendigen Einrichtungen zu treffen. Frankreich aber will sofort das Kontrollsystem in Anwendung bringen. Der Erfolg dieser Beratungen der Reparationskommission ist, falls die Entschlüsse endgültig in der vorstehenden Art und Weise gefaßt werden, für uns sehr wenig erfreulich, denn ohne eine tatsächliche Erleichterung unserer Zahlungslast zu erhalten, würde das deutsche Volk überdies unter eine brutale Kontrolle der Entente geraten.

Die „Unverantwortlichen“.

Wer entschädigt die beraubten Oberschlesier?

Der Friedensvertrag hat seinerzeit dem Deutschen Reich jeden Einfluß auf das obereschlesische Abstimmungsgebiet entzogen und die alleinige Verfügungsberechtigung der Interalliierten Kommission in Oppeln übertragen. Von diesem Vorrecht hat der französische Leiter dieser Kommission jederszeit den weitestgehenden Gebrauch gemacht, wenn es sich darum handelte, irgendwelche Vorstellungen der deutschen Regierung zugunsten der deutschen Bevölkerung des Abstimmungsgebietes schroff abzuweisen. Andererseits hat die Interalliierte Kommission ebenso oft sich von der alleinigen Verantwortung für das ihrem alleinigen Befehl unterstellte Gebiet regelrecht gedrückt, wenn ihr diese Verantwortung unbequem wurde, oder wenn sich Gelegenheit bot, der deutschen Regierung die Verantwortung für irgendwelche Vorkommnisse in die Schuhe zu schieben, auf die von Berlin oder Breslau aus überhaupt kein Einfluß bestand. Der tollste Fall einer solchen erfindlichen „Unverantwortlichkeit“ liegt aber jetzt in Gestalt der

Antwortnote der Botschafterkonferenz vor, welche diese auf eine vom 13. Dezember 1921 stammende deutsche Note über die Entschädigung

der durch die polnischen Kuffstände an Hab und Gut, Gesundheit und Leben geschädigten Deutschen in Oberschlesien erteilt hat. Die deutsche Regierung hat im Dezember gefordert, daß die alliierten Regierungen, welche die Kuffstände sehr wohl hätten verhindern können, da sie von uns rechtzeitig gewarnt waren, allein die Verantwortung für diese Schädigungen tragen und daß sie daher die Entschädigungssummen jedenfalls nicht der obereschlesischen Bevölkerung etwa in Form von Steuern aufbürden dürften. Die Antwort der Botschafterkonferenz (mit der vielversprechenden Unterschrift Poincarés) ist nun in Berlin eingetroffen und stellt die unerhörte Behauptung auf, daß für die Kuffstände in Oberschlesien eine

Verantwortung der Alliierten nicht bestehe!

In dem lähmen Tone der Nachhader, denen es ganz gleichgültig ist, ob sie recht oder unrecht tun, erklären die Herren in Paris, über die Frage der Verantwortung für die Polenaufrände könne eine Erörterung nicht stattfinden. Der Friedensvertrag schreibe vor, daß die Kosten der Verwaltung des Abstimmungsgebietes aus den örtlichen Abgaben in Oberschlesien zu bestreiten sind, und darunter seien auch die Entschädigungen für die Kuffstände zu verstehen. Dieser sehr wehrhizigen Auslegung des Begriffs „Verwaltungskosten“ wird hinzugefügt, daß der deutsche Standpunkt selbstverständlich nicht anerkannt werden könne.

Die unglücklichen Oberschlesier sollen demnach die Kosten für die großen Verluste an Leben und Eigentum, die ihnen durch den völlig unzureichenden, ja oftmals böswillig verweigeren Schutz durch die alliierten „Trennhäber“ erwachsen sind, offenbar auch noch selbst tragen. Man muß wohl angefaßt dieser skandalösen Antwort aus Paris annehmen, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist, jedoch im Eile not, da selbstverständlich vor der Übergabe der an Deutschland und Polen fallenden Teile Oberschlesiens an die Regierungen in Berlin und Warschau Klarheit in dieser Frage geschaffen sein muß.

Ostpreußens Not.

Der Raub der fünf Weichfeldörfer.

Die Königsberger Wälder vorfindlichen einen Aufruhr, welcher in flammenden Worten zur Rettung Ostpreußens vor polnischen Raubgeleusen ermahnt. Es heißt darin u. a.:

Der Vertrag von Versailles sichert Ostpreußen einen freien und ungehinderten Zugang zur Weichsel. Trotz des feierlich beschworenen Vertragsrechts hat am 12. März die Interalliierte Grenzfestlegungskommission die Grenze östlich des Stromes gelegt, eine Reihe von Dörfern auf dem östlichen Weichselufer zu Polen geschlagen und Deutschland selbst die letzte Zugangsmöglichkeit zum Strome genommen. Die neue Grenze durchschneidet an vier Stellen den Damm, der die fruchtbare Marienwerder Niederung vor Überschwemmung schützt; eine Sinnwidrigkeit, deren Folgen unabsehbar sind.

Die Abtrennung der Provinz Ostpreußen von der Weichsel ist damit vollständig geworden und der Ring um die belagerte Feste geschlossen.

Wache auf, Deutschland! Wichte deinen Blick auf deinen letzten Außenposten jenseits der Weichsel. Es handelt sich um mehr als einen Quadratkilometer Landes; es geht um

die deutsche Zukunft östlich der Oder.

Helfst uns, ihr deutschen Brüder und Schwestern. Der Arm Deutschlands ist schwach, so helfst uns mit dem Herzen. Die Entrüstung und der heilige Jörn über den Gewaltspruch, über den Bruch des Versailler Vertrages durch die Grenzkommission flamme hoch empor zu einem entschlossenen „Nein“, auf das unsere Regierung den Resonanzboden gibt für eine unbedingte Ablehnung des neuen Raubes an deutschem Land. Deutschland, rette Ostpreußen! Gewissen der Völler, schüßet die Weichsel der Verträge!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Gegen den Abbau der Getreidebewirtschaftung.

Vertreter der ostpreussischen Landwirtschaft und der Verbraucher hatten sich zu einer gemeinsamen Beratung über die künftige Ernährungswirtschaft zusammengefunden. Die Aussprache, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Langen stattfand, ergab als Resultat die einstimmige Ansicht, daß ein weiterer Abbau der Getreideumsatzverfahrens zurzeit nicht angebracht sei. Auch die gegenwärtige Lage in der Kartoffelverföhrung erfuhrt allseitig scharfe Verurteilung. Die Vertreter der Städte